

2005 PARLAMENTARIERBRIEF

Wirtschaftspolitische Positionen zur Bundestagswahl 2005

**Standort Deutschland –
ohne Investitionen kein Wachstum!**



Fachverband Bau-
und Baustoffmaschinen
im Verband der
Maschinen- und
Anlagenbauer (VDMA)

Ohne Investitionen kein Wachstum – Standort Deutschland für private Investitionen attraktiver machen!

Investitionen sind Grundlage für wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftlichen Wohlstand. Sie sind Voraussetzung für die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen.

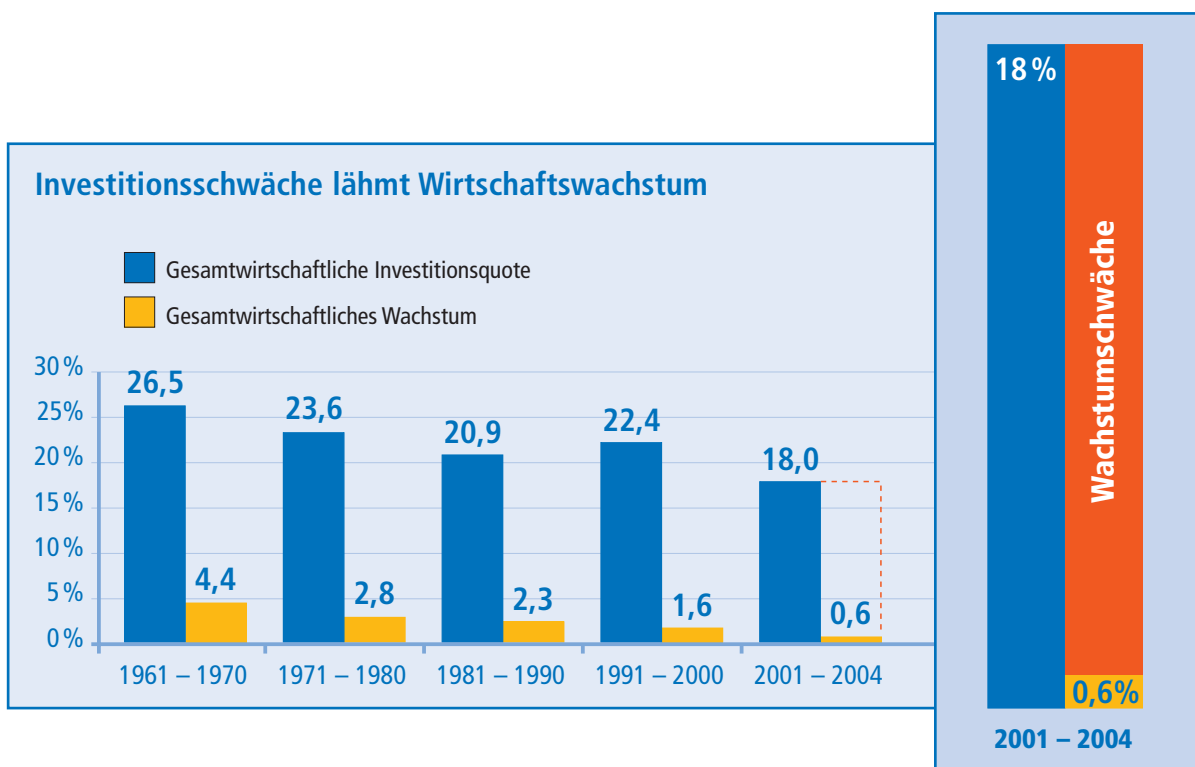
Die deutsche Wirtschaft kann ihre Wachstumsschwäche nur dann überwinden, wenn der Standort Deutschland für Investitionen wieder attraktiver wird. Nur dann kann auch die Schwäche im Wirtschaftsbau überwunden werden. Dazu ist erforderlich:

- eine Steuerreform, die das deutsche Steuersystem im internationalen Vergleich wieder wettbewerbsfähig macht,
- eine Reform der sozialen Sicherungssysteme, die die Lohnzusatzkosten auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau zurückführt,
- eine leistungsfähige Infrastruktur im Bereich der Ver- und Entsorgungsnetze, der Verkehrswege, aber auch der Schulen und Hochschulen.

Unsere Position:

Deutschland muss seine Investitionsschwäche überwinden, damit auch die deutsche Bauwirtschaft wieder florieren kann.

Deutschland braucht aber auch eine leistungsfähige Bauwirtschaft, damit es seine Investitionsschwäche überwinden kann.



1 Baustelle Steuerreform: Unternehmen entlasten!

Deutschland kann sich im internationalen Wettbewerb der Steuerstandorte nur noch schwer behaupten. Wer die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland stoppen und ausländische Investoren für Deutschland interessieren will, muss attraktive steuerliche Rahmenbedingungen schaffen.

Die Bauwirtschaft setzt sich deshalb zusammen mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft für den Umbau unseres Steuersystems ein. Die Bauwirtschaft fordert daher:

- Unternehmensbesteuerung unter Berücksichtigung der Rechtsformneutralität grundlegend reformieren! Ertragsteuern senken!
- Keine Verlustbesteuerung! Verfassungswidrige Mindestbesteuerung abschaffen!
- Erbschaftsteuer auf Betriebsvermögen senken bis hin zum völligen Wegfall nach zehnjähriger Fortführung des Betriebes!
- Gewerbesteuer reformieren bei Sicherstellung der Gemeindefinanzierung und unter Beibehaltung eines eigenen kommunalen Hebesatzrechts!

2 Baustelle Soziale Sicherungssysteme: Kostenexplosion bei der gesetzlichen Unfallversicherung stoppen!

Der Faktor Arbeit muss am Standort Deutschland wieder konkurrenzfähig werden. Das gilt besonders für die lohnkostenintensive Bauwirtschaft. Nur bei einer grundlegenden Reform der sozialen Sicherungssysteme können die Lohnzusatzkosten auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau zurückgeführt werden.

In der Bauwirtschaft muss insbesondere die Kostenexplosion in der gesetzlichen Unfallversicherung gestoppt werden. Innerhalb von zehn Jahren haben sich die Beiträge als Folge des Beschäftigungsabbaus um 40 Prozent auf über 7 Prozent der Lohn- und Gehaltssumme erhöht (Durchschnitt aller Branchen: 1,4 Prozent). Die Fusion der Berufsgenossenschaften der Bauwirtschaft und die Nachjustierung des Lastenausgleichs der gewerblichen Berufsgenossenschaften waren richtige Reformschritte. Um die gesetzliche Unfallversicherung langfristig zu sichern, sind weitere Reformen notwendig.

Wir brauchen eine neue Organisationsstruktur möglichst durch Zusammenfassung sämtlicher Unfallversicherungsträger und eine schnell wirkende Reform des Leistungsrechts auf der Basis der Beschlüsse der Wirtschaftsministerkonferenz vom Juni 2005. Die Bauwirtschaft fordert daher:

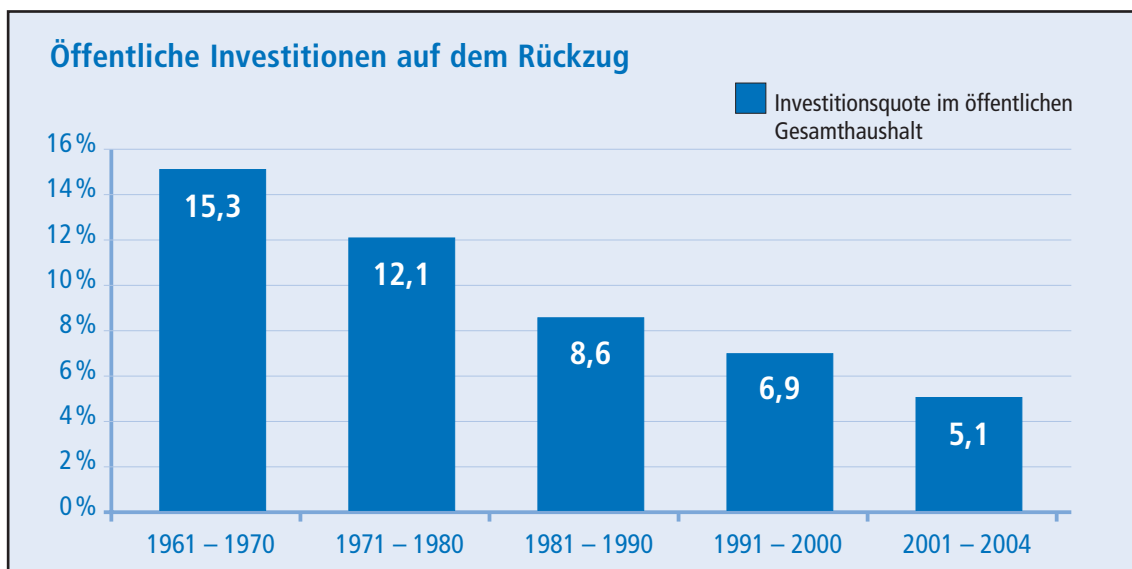
- Ausgliederung der Wegeunfälle,
- Klare Abgrenzung der Berufskrankheiten gegenüber allgemeinen Erkrankungen,
- Vorrang der gesetzlichen Altersrente vor der Erwerbsunfähigkeitsrente,
- Wegfall der gesetzlichen Leistungspflicht der Berufsgenossenschaften bei Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung.

Baustelle Öffentliche Haushalte: Investitionsquote anheben!

Öffentliche Investitionen – vor allem in den Bereichen Verkehrsinfrastruktur und Bildung – sind unabdingbare Voraussetzungen für private Investitionstätigkeit. Bund, Länder und Gemeinden haben ihre Investitionen bereits seit langem unter das bedarfsdeckende Niveau zurückgefahren.

Der aufgelaufene Investitionsstau muss entschlossen abgearbeitet werden. Die Bauwirtschaft fordert daher:

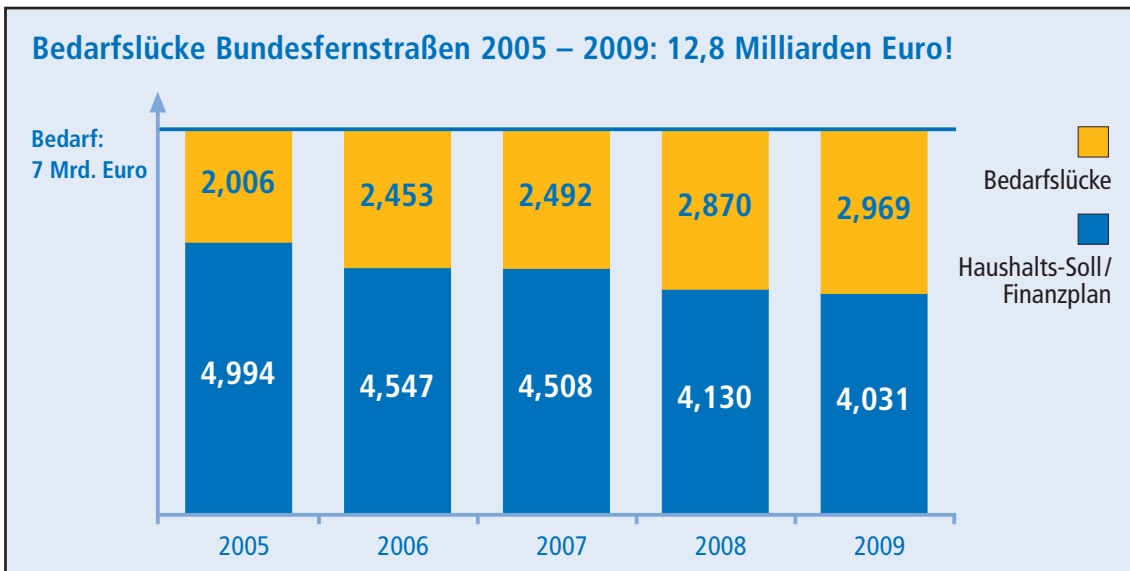
- Langfristige Wiederanhebung der Investitionsquote des Bundes und der Länder auf 15 Prozent und der Gemeinden auf 20 Prozent.
- Besseres Haushaltsmanagement, damit investive Haushaltsreste nicht länger als verdeckte Sparkasse der Finanzminister und der Kämmerer missbraucht werden können.
- Keine Politik der globalen Minderausgaben, da diese Bürger und Parlamente über das wahre Ausmaß staatlicher Investitionstätigkeit täuscht.



Baustelle Straße: Bedarfsgerecht erhalten und ausbauen!

Zwar kann sich das deutsche Bundesfernstraßennetz im internationalen Vergleich noch sehen lassen. Allerdings haben in den letzten Jahren die Behinderungen durch eingeschränkte Gebrauchsfähigkeit zugenommen.

In Deutschland finden 70 Prozent des Güter- und 90 Prozent des Personenverkehrs auf der Straße statt. Das Straßenverkehrsaufkommen wird künftig – auch bedingt durch Deutschlands geografische Lage inmitten Europas – weiter zunehmen.



Wir setzen uns für einen bedarfsgerechten Erhalt und Ausbau des deutschen Fernstraßennetzes ein. Die Bauwirtschaft fordert daher:

- Anhebung der Investitionen in die Bundesfernstraßen auf 7 Milliarden Euro jährlich.
- Lkw-Maut der Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft komplett für Investitionen in die Bundesfernstraßen zur Verfügung stellen.
- Umstellung der Finanzierung der Bundesautobahnen von der Haushalts- auf die Nutzerfinanzierung.

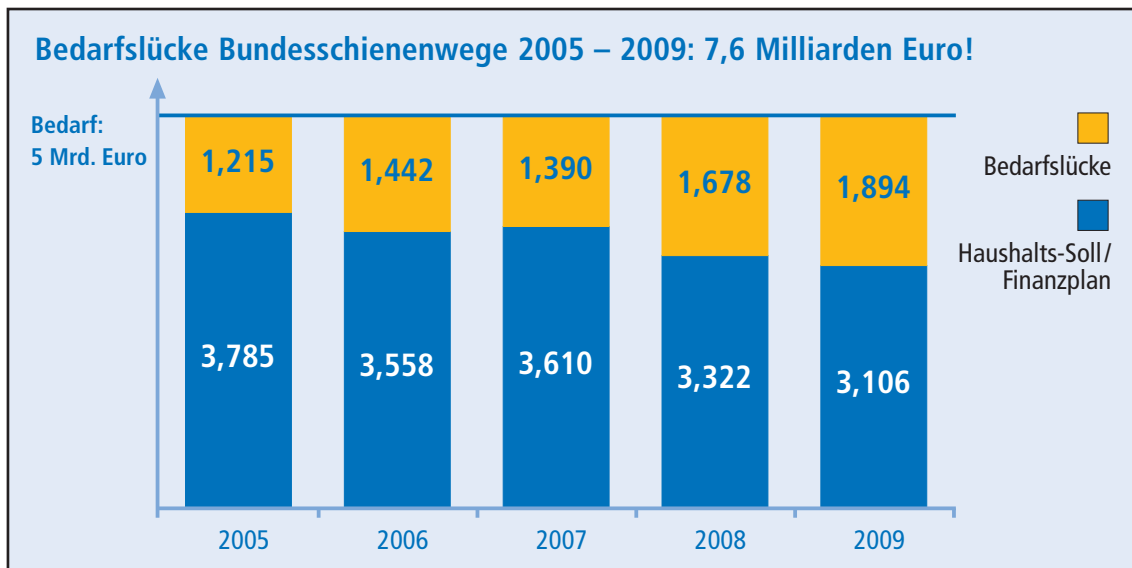
5 Baustelle Schienenwege: Wettbewerbsposition stärken!

Der Anteil der Transportleistung auf der Schiene hat in Deutschland in den letzten Jahrzehnten – vor allem im Güterverkehr – deutlich abgenommen. Alle Anstrengungen, z.B. auch im kombinierten Verkehr, haben diese Entwicklung nicht aufhalten können.

Die Deutsche Bahn AG muss in die Lage versetzt werden, aus eigener Kraft im Wettbewerb der Verkehrsträger ihre spezifischen Vorteile, vor allem im Langstreckenverkehr, wieder ausspielen zu können. Die Bauwirtschaft fordert daher:

Forderungen zur Bundestagswahl 2005

- Die Rücknahme der unsinnigen „Subventionskürzungen“ bei Investitionen in die Schienenwege aus der Koch/Steinbrück-Liste.
- Eine Aufstockung der Investitionen in das Schienennetz auf 5 Milliarden Euro jährlich.
- Schaffung von Wettbewerbstransparenz bei mit öffentlichen Mitteln finanzierten Schieneninfrastrukturinvestitionen – faire Ausschreibungsbedingungen.
- Eine neue Partnerschaft bei der Vertragsgestaltung und -abwicklung – faire Vertragsbedingungen.



6 Baustelle Wasserstraßen, Häfen: Stärker vernetzen!

Für den Logistikstandort Deutschland sind die deutschen Seehäfen im Gütertransport von zunehmender Bedeutung. Dabei stehen die deutschen Häfen in Europa in einem harten Wettbewerb mit anderen Hafenstandorten.

Für den Weitertransport der Güter innerhalb Deutschlands sind wir auf eine enge Einbindung der Seehäfen in das deutsche Straßen-, Schienen- und Wasserstraßennetz angewiesen (Hinterlandanbindung). Dazu ist auch der bedarfsgerechte Ausbau, insbesondere die Vertiefung von Flüssen und Kanälen, notwendig. Die Bauwirtschaft fordert daher:

- Die Seehafenstandorte müssen im internationalen Wettbewerb gestärkt werden: Dazu gehört die Aufstockung der Containerterminalkapazitäten, aber auch der Bau eines Tiefwasserhafens.
- Die Investitionen in das Wasserstraßennetz müssen auf 900 Millionen Euro jährlich angehoben werden.
- Ausbauprojekte, wie die Vertiefung der Mittel- und Oberelbe sowie der Donau, dürfen nicht länger an überzogenen umweltpolitischen Auflagen scheitern.

Baustelle Staatsmodernisierung: Mehr Markt, weniger Staat!

Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen müssen schlanker werden. Wer die Staatsquote senken will, der muss die private Wirtschaft stärker an der Erfüllung öffentlicher Aufgaben beteiligen.

Ob im öffentlichen Hochbau, im Umweltschutzbau oder im Verkehrswegebau – überall können Privatisierung oder öffentlich-private Partnerschaften zu einer effizienteren Verwendung öffentlicher Mittel beitragen.

Mit der Verabschiedung des ÖPP-Beschleunigungsgesetzes sind die Voraussetzungen für öffentlich-private Partnerschaften verbessert worden; weitere Schritte müssen folgen:

- Beseitigung der steuerlichen Nachteile für PPP-Projekte in den Bereichen Umsatz-, Grund- und Grunderwerbsteuer, insbesondere im öffentlichen Hochbau.
- Erweiterung der Anlagespielräume im Investmentgesetz, damit privates Kapital ungehindert in PPP-Projekte fließen kann.
- Bessere Ausschöpfung der Möglichkeiten des Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetzes durch Erweiterung des Anwendungsbereichs auf Strecken.
- Entwicklung eines Konzepts für eine Neuorganisation des deutschen Autobahnsystems auf privatwirtschaftlicher Grundlage.

Baustelle Deregulierung: Deutschland muss schneller werden!

Der Ausbau der Infrastruktur in Deutschland muss schneller vorankommen. Wenn Deutschland seine Rolle als Verkehrsdrehscheibe und Logistikzentrum in Europa behaupten will, müssen Planungs- und Genehmigungsprozesse beschleunigt werden.

Das Infrastruktur-Planungsbeschleunigungsgesetz muss deshalb so schnell wie möglich wieder auf die parlamentarische Tagesordnung gesetzt werden. Die Bauwirtschaft fordert daher:

- Einfachere und damit kürzere Planfeststellungsverfahren.
- Praxisgerechtere Umweltverträglichkeitsprüfungen.
- Verkürzung des Rechtswegs auf eine Instanz.
- Begrenzung des Klagerechts für Verbände.
- Keine Konterkarierung durch weitere europäische oder nationale Umweltgesetze.

Baustelle Qualität: Vom Preiswettbewerb zum Qualitätswettbewerb!

Seit vielen Jahren fordert die deutsche Bauwirtschaft, den ruinösen Preiswettbewerb durch einen Qualitätswettbewerb zu ersetzen. Unseriöse und nicht leistungsfähige Anbieter dürfen schon aus Gründen des Kundenschutzes keine Chance im Wettbewerb haben.

Die geplante Einführung eines nationalen Präqualifikationssystems stellt einen wichtigen Baustein dar, um den fairen Leistungswettbewerb zu fördern, die Zuverlässigkeit der Baupartner untereinander zu steigern und die Qualität am Bau zu erhöhen. Die Bauwirtschaft fordert daher:

- Präqualifikationssystem am deutschen Bauparkt schnell und flächendeckend umsetzen!
- Alle öffentlichen Auftraggeber – vor allem die Kommunen und kommunalen Betriebe – einbeziehen!

Baustelle Vergaberecht: Für einen fairen Interessenausgleich zwischen staatlichem Auftraggeber und privatem Auftragnehmer!

Die deutsche Bauwirtschaft hat sich zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden gegen eine Bürokratisierung des Vergaberechts und für einen fairen Interessenausgleich zwischen staatlichem Auftraggeber und privatem Auftragnehmer ausgesprochen.

Die deutsche Bauwirtschaft plädiert daher dafür, bei der bevorstehenden Neuordnung des Vergaberechts, die vorliegenden Entwürfe insgesamt noch einmal auf den Prüfstand zu stellen und zu überarbeiten. Wir wollen ein einfaches, schlankes Vergaberecht „aus einem Guss“ und keine weitere Bürokratisierung und Zersplitterung. Die Bauwirtschaft fordert daher:

- Einheitliches Vergaberecht unabhängig von der Auftragsgröße.
- Zusammenfassung aller für die Vergabepraktiker relevanten Regelungen für die Durchführung aller Vergabeverfahren auf der Ebene von Verdingungsordnungen.
- Erarbeitung dieser praxisrelevanten Regelungen weiterhin durch Auftraggeber und anbietende Wirtschaft im Deutschen Vergabe- und Vertragsausschuss für Bauleistungen.

Herausgegeben vom: Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V.

Hauptabteilung Volkswirtschaft, Information und Kommunikation

Kurfürstenstraße 129 · 10785 Berlin · Postanschrift: 10898 Berlin

Tel.: (030) 212 86-0 · Fax: (030) 212 86-240 · E-Mail: bauind@bauindustrie.de · www.bauindustrie.de